

21.04.2016

Kleine Anfrage 4690

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

Einstellung nur auf Zeit? Handelt es sich bei der angeblichen Neueinstellung von tarifbeschäftigten Verwaltungsmitarbeitern bei der Polizei nur um eine Mogelpackung?

Das Landesinnenministerium plant offenbar die angekündigten zusätzlichen Verwaltungsstellen bei der Polizei zur Entlastung der Polizeibeamtinnen und –beamten nur auf Zeit anzulegen. Die Kreispolizeibehörden (KPB) sollen die Verstärkung nur bis Ende 2020 zur Verfügung haben. Danach sollen die 250 Stellen in den Schwerpunktbehörden bis Ende 2024 wieder auslaufen. Die 100 Stellen in den restlichen KPB entfallen in Gänze 2020.

So steht es in zwei Schreiben an den Hauptpersonalrat des MIK NRW, die von Ministerialdirigent W.D. gezeichnet sind.

Das Innenministerium wird also positive Effekte durch die Ausbildung von mehr Polizisten dadurch konterkarieren, dass die dringend notwendigen Verwaltungsmitarbeiter bei der Polizei wieder gekündigt werden, sobald die neuen Polizisten ausgebildet sind. Die Polizeibeamten werden bis 2020 von Tarifbeschäftigten entlastet, müssen die Verwaltungsarbeiten nach 2020 aber wieder selber übernehmen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Pläne verfolgt die Landesregierung bei der Einstellung von tarifbeschäftigten Verwaltungsmitarbeitern bei der Polizei? (Bitte Pläne im Detail wiedergeben. Gesamtzahl der Neueinstellungen, Verteilungen auf KPB, Befristungen, etc.)
2. Welche Aufgaben sollen die Tarifbeschäftigten übernehmen? (Bitte das Aufgabenspektrum detailliert beschreiben.)
3. Warum sollen die neuen Stellen nur befristet geschaffen werden?
4. Wer wird nach 2020 mit den Aufgaben der Tarifbeschäftigten betraut?

Datum des Originals: 20.04.2016/Ausgegeben: 21.04.2016

5. Konterkarieren die befristeten Stellen nicht die positiven Effekte durch mehr ausgebildete Polizeibeamte, die ab 2020 in den aktiven Dienst kommen?

Gregor Golland